

Flüchtlingskrise - globale Antwort

Zu den "Stakeholder" zählen auch die Waffenexporteure

Analyse

von
Ernst Löschner

Die österreichische NGO *Alpine Peace Crossing* unterstützt ein Frauenzentrum in Amude in Syrien, das Binnenflüchtlinge betreut. Diese haben alles verloren, von ihren Häusern verblieben nur Fassaden mit glaslosen Fenstern, wie tote Augen. Viele dieser "internally displaced persons" haben auch Angehörige oder Bekannte, die verschleppt oder getötet wurden.

Die Gerätschaften, die zu diesem Leid beitragen haben, waren Raketen und Geschütze aus USA, Russland, UK, Deutschland oder China und Feuerwaffen und Drohnen aus Frankreich, Iran, Saudi Arabien, Niederlande, Italien, Spanien...und Österreich.

Die Hoffnung auf eine Rückkehr in ihre Dörfer ist für diese Menschen auch gestorben. Dort in Amude, im nördlichen kurdischen Teil des Landes, fühlen sie sich derzeit noch sicher, aber wie lange noch?

Am liebsten würden viele von ihnen nach Europa kommen, aber sie sind die Allerärmsten; sie haben nicht einmal die Mittel um Schlepper zu bezahlen, die sie in ein Lager in die Türkei oder in den Libanon oder nach Jordanien bringen würden. So sind Sorge, Angst und der tägliche Kampf um das existentielle Leben ihre ständigen Begleiter.

Dazu vier Fragen...

Erstens: Wie viele Flüchtlinge werden noch nach Europa kommen?

Es ist zu erwarten, dass zu dem bereits ca. 1 Million in Europa angekommenen Flüchtlingen **in den nächsten zwei bis drei Jahren zumindest weitere 2 Millionen Menschen** (vor allem „illegal“, hoffentlich auch „legal“) kommen werden.

Die Gründe dafür sind vielfältig, insbesondere ist hier die Hoffnungslosigkeit von über 4 Millionen Menschen in den großen Flüchtlingslagern vor den Toren Europas und von vielen Millionen Menschen in Afrika zu nennen. Selbstverständlich ist diese Einschätzung mit großer

Unsicherheit behaftet, abhängig vor allem ob und wie rasch es gelingen kann, eine „geordnete, legale“ Zuwanderung über „Hotspots“ nach Europa zu etablieren, wobei diese als EU-geführte (oder besser als internationale) Büros nicht nur in der Türkei und in Griechenland sondern auch in Nordafrika etabliert werden sollten.

Zweitens: Wie viele Flüchtlinge kann Europa aufnehmen?

Eine Größenordnung von ca. **6 Millionen bis 2020** erscheint sowohl verkraftbar als auch zumutbar. Warum nicht 4, 8, 10 oder 15 Millionen? Wie soll Kapazität definiert werden?

Diese ist (wegen der Erfordernisse betreffend Integration und Betreuung) – zum Ersten - abhängig von der Anzahl der Menschen, die sie „willkommen“ heißen sollen.

Zum zweiten ist sie abhängig (aus budgetären Gründen) von der Leistungsstärke der einzelnen Volkswirtschaften, weiters von der Bevölkerungsdichte der einzelnen Länder, der demographischen Zusammensetzung („Alterspyramide“) und anderen Faktoren.

Die Zahl von 6 Millionen sollte auch zumindest 1 Million in ihrer Überlebens-Existenz bedrohte Menschen enthalten, die ohne Hilfe von außen verhungern bzw. existentiell vernichtet würden, denen eine „humanitäres Bleiberecht“ gewährt werden sollte. Sie entspricht jedenfalls weniger als 10 % der von UNHCR geschätzten 65 Millionen Menschen, die sich derzeit weltweit auf der Flucht befinden. Sie stellt außerdem gerade einmal **ein** Prozent der europäischen Gesamtbevölkerung dar. Dazu zähle ich **alle** europäischen Länder, selbstverständlich auch alle Nicht-EU-Länder wie Norwegen und die Schweiz.

In der Folge sollte **bis 2025 eine Aufnahmekapazität für weitere ca. 6 Millionen Menschen** möglich sein, also in Summe 12 Millionen oder weniger als 2 % der Bevölkerung in Europa (ohne Russland).

Drittens: Wie viele Flüchtlinge muss Europa aufnehmen, weil sie gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention ein Recht darauf haben?

Von den oben erwähnten ca. 3 Millionen Flüchtlingen zumindest **2,5 Millionen**. Bei dieser Einschätzung stellt sich ohnedies die Frage, wie eine „Abschiebung“ von bis zu 500.000 Menschen bewerkstelligt werden soll. Anny Knapp von der Asylkoordination weist diesbezüglich darauf hin, dass EU-Programme für eine „freiwillige Rückkehr“ dieses Problem z.T. entschärfen könnten; dadurch könnten etwa geschätzte 80.000 freiwillige Rückkehren pro Jahr in eine Mehrjahreskalkulation einfließen.

Viertens: Wie viele Flüchtlinge will Europa aufnehmen?

Der Status Quo zeigt ein **ernüchterndes, trauriges Bild eines unsolidarischen Europas**, das die Grundsätze der europäischen „Wertegemeinschaft“ vollkommen in Frage stellt.

Großbritannien und Dänemark ließen sich eine Sonderregelung von vorneherein vertraglich zusichern, die osteuropäischen Visegrad-Staaten haben trotz sehr hoher Förderungen seitens der

EU keinerlei Zusagen gemacht und die Schweiz tut so, als würde sie das Thema nicht wirklich betreffen.

...und vier Lösungsvoraussetzungen

Erstens: Die Einstellung in den Köpfen der Menschen müsste sich ändern.

Das dürfte am schwierigsten zu erfüllen sein. Es erfordert Überzeugungsarbeit, dass die zu uns kommenden schutzsuchenden Menschen keine Bedrohung sind, sondern eine Bereicherung darstellen können.

Zweitens: Effiziente humanitäre Maßnahmen zwecks Flüchtlings-Integration, die die Bevölkerung nicht überfordern.

Dazu müssten für Flüchtlinge legale Möglichkeiten der Einreise nach Europa endlich geschaffen werden. Flüchtlinge sollten Präferenzen für ein Zielland zum Ausdruck bringen können, eine Zwangszuteilung ist von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Es sollte möglich sein, einen Algorithmus zu etablieren, der eine Kongruenz zwischen Länderpräferenzen und Flüchtlingspräferenzen herstellt (in diesem Sinn hat sich kürzlich auch der US-amerikanische Nobelpreisträger Alvin E. Roth geäußert).

Drittens: Einheitliche Mindeststandards für die Aufnahme, Betreuung, soziale Leistungen und den Zugang zum Arbeitsmarkt in allen europäischen Ländern.

Angesichts der in vielen Ländern derzeit vorherrschenden grundsätzlichen Ablehnung von Zuwanderung erscheint dies prima facie unrealistisch: Zwar wurden die Mindeststandards EU-weit festgelegt, es besteht aber für die einzelnen Länder ein großer Spielraum in der Durchführung, bis hin zur ihrer völligen Missachtung. Zur konsequenten Umsetzung der Mindeststandards gibt es aber keine Alternative, wenn nicht das gesamte europäische Wertesystem zur Makulatur verkommen soll.

Viertens: Die Finanzierung dieser Standards müsste sichergestellt werden.

Die Europäische Kommission hat (zum Beispiel für Resettlement/Relocation) für die - äußerst geringe - Zahl von 120.000 UNHCR-Flüchtlingen Kosten von EUR 6.000 pro Flüchtling im ersten Jahr und EUR 4.000 im zweiten Jahr angesetzt. Eine Hochrechnung dieser Zahl auf **6 Millionen Flüchtlinge bis 2020 würde einen Budgetaufwand von EUR 36 Milliarden** ergeben.

Dies ist eine beachtliche Summe, sie ist aber gering im Vergleich zu den Beträgen, die für Bankenrettungen in Europa in den letzten Jahren ausgegeben wurden: Allein in der BRD wurden

laut einer Aussendung der Deutschen Bundesbank (DWN vom 23.6.15) vom deutschen Steuerzahler seit 2008 EUR 236 Milliarden aufgewendet. Die führenden Köpfe der Finanzbranche („G30“) fordern zurecht „Mehr Moral bei den Banken“ ein (Handelsblatt vom 31.7.15), und berufen sich dabei auf eine Zusammenstellung der Boston Consulting Group: in den Jahren 2011-2014 mussten amerikanische und europäische Banken „Strafzahlungen“ in Höhe von USD 190 Milliarden leisten, wovon ca. USD 70 Milliarden auf europäische Banken entfielen.

Zwei konkrete Vorschläge...

Erstens: Stakeholder in die Verantwortung nehmen

Könnten die EUR 36 Milliarden für 6 Millionen Flüchtlinge finanziert werden?

Eindeutig JA.

Dies gilt nicht nur für die 6 Millionen in Europa, sondern ebenso für die jeweils 3 Millionen, die (basierend auf einem Bevölkerungs-/BIP-Vergleich) Nordamerika und China aufnehmen könnten. Diesem Ansatz folgend sollten Japan, Indien und mehrere muslimische Länder zusammen (vor allem Saudi Arabien und Indonesien) jeweils ca. 2 Millionen Flüchtlinge aufnehmen. Schließlich sollten auch Länder wie Russland, Australien oder Brasilien entsprechend viele Menschen aufnehmen. Alle genannten Nationen sollten sich dieser humanitären Herausforderung stellen, denn die bestehende Flüchtlingsproblematik - wie auch zu erwartende zukünftige Flüchtlingsströme, etwa aufgrund von Klimaveränderungen - können nur global gelöst werden.

Denn über die Frage humanitärer Empathie hinausgehend haben viele Länder eine Zusatzverpflichtung, die sich aus ihrer **Stakeholderfunktion für kriegsbedingte Flüchtlingsströme** ergibt.

Dabei geht es nicht um Schuldzuweisungen, sondern um die Wahrnehmung einer **Verantwortung** (Arthur Miller sagte bereits 1964 in seinem Theaterstück *Incident at Vichy*: “I don’t want your guilt, I want your responsibility”).

Es ist ein Faktum, dass die **Flüchtlingskrise im Nahen Osten vor allem durch die USA, Russland, UK, Saudi Arabien und Iran verursacht** wurde – und nach wie vor wird. Und es ist auch ein Faktum, dass der Konflikt und das Leid der Menschen ohne gigantische **Waffenlieferungen** nie ihre erschreckenden Dimensionen erreicht hätten.

Die Umsätze der 100 größten Waffenproduzenten (ohne China) waren (lt. SIPRI) USD 402 Milliarden im Jahr 2014. Weltweit werden Waffen im Wert von ca. Eur 100 Milliarden exportiert (Eur 33 Milliarden allein von den USA). Auf europäische Länder entfällt dabei ein Anteil von ca. 30 % oder ca. Eur 30 Milliarden (davon ca. Eur 6.5 Mrd für die BRD).

Die **zehn größten Waffenexportnationen** der Welt sind USA (29%), Russland (27%), China (7%), Deutschland (6 %), Frankreich (5%), UK (4%), Spanien und Ukraine (je 3%), Italien und Israel (je 2 %). China hat seine Waffenexporte in den letzten 4 Jahren um über 140 % gesteigert.

Die **fünf größten Waffenimportnationen** sind Indien, Saudi-Arabien, China, VAE, Pakistan. Das *Profil* hat (in seiner 36/15-Ausgabe) aufgedeckt (als Beispiel für viele „Waffen-Karuselle“), dass Drohnen, die von der österreichischen Firma Schiebel an die VAE für angeblich zivile Zwecke geliefert wurden, im Rahmen der Angriffe von Saudi-Arabien auf schiitische Huthi-Rebellen im Jemen eingesetzt wurden.

Österreich rangiert übrigens in der Waffenexport-Statistik, je nach Vergleichsjahr, an 25.-50. Stelle der Welt. 2014 wurden Waffen im Wert von Eur 19 Millionen exportiert, 2002 oder 2007 waren es jeweils ca. Eur 100 Millionen.

Zweitens: Steuer auf europäische Waffenexporte

Jedes waffenexportierende Land ist Stakeholder von kriegerischen Auseinandersetzungen, ist damit Mitverursacher der Flüchtlingsprobleme und soll daher auch Teil ihrer Lösung sein.

Durch die **Einhebung einer 10 %-igen Steuer auf die europäischen Waffenexporte** könnte jährlich ein **substantieller** Beitrag (ca. Eur 3 Milliarden) zu den Kosten von EUR 36 Milliarden für sechs Millionen Flüchtlinge bis 2020 abgedeckt werden.

... und sechs Wünsche an die österreichische Bundesregierung

Erstens: Neues Ministerium

Die Bewältigung der Flüchtlingskrise macht das Thema zur Chefsache. Derzeit sind die Agenden auf mehrere Ministerien aufgesplittet.

Stattdessen sollte ein **neues, eigenständiges Ministerium** - ein "Flüchtlings-/Integrations-/Migrations- und Entwicklungszusammenarbeits-Ministerium" (BMfFIME) - geschaffen werden, das alle diese untereinander verzahnten Bereiche abdeckt. Es sollte auf Basis einer öffentlichen Ausschreibung (samt Hearing unter Einbeziehung relevanter NGOs) von einem/r ExpertIn geleitet werden, der/die als erste Maßnahme eine **Effizienzanalyse** der derzeitigen Abläufe in Auftrag gibt.

Zweitens: Arbeitsmarktzugang, keine neuen Familienzusammenführungs-Härten

Nach wie vor haben Asylsuchende keinen effektiven Zugang zum Arbeitsmarkt und sind zur Untätigkeit verdammt. Der von 30.000 Menschen und 300 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichnete „Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik“ wurde von Ministerien und Parlament weitgehend ignoriert. Nun sollen Familienzusammenführungen (und damit legale Wege der Zuwanderung) durch eine neuerliche Asylrechtsverschärfung weiter erschwert werden. Unterlassen Sie das, erleichtern Sie den Asylsuchenden stattdessen ihr Leben in Österreich!

Drittens: Chancen auch für „Wirtschaftsflüchtlinge“

Setzen Sie sich dafür ein, dass der Begriff „Wirtschaftsflüchtling“ nicht kriminalisiert wird und dass die Voraussetzungen für ein „**humanitäres Bleiberecht**“ gelockert werden. Eine differenzierte Betrachtungsweise ist geboten. Für eine zivilisierte Gesellschaft - und vor allem für die Betroffenen - macht es keinen Unterschied, ob Menschen kriegsbedingt flüchten oder zum Beispiel aufgrund von Dürre oder anderen extremen Klimaveränderungen flüchten müssen, die sie und ihre Familien mit ihrem (Über)Leben, also existentiell, bedrohen.

Viertens: Rasche Erhöhung der Entwicklungshilfe

Die (beschämend niedrige) österreichische **Entwicklungshilfe** sollte 2016 verdoppelt und dann bis 2019 schrittweise auf 0,7 % des BIP erhöht werden, mit der Auflage, dass mindestens 75 % der Entwicklungshilfe zweckgewidmet werden. Dadurch soll mitgeholfen werden, dass bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Menschen in den Entwicklungsländern entstehen, die ihnen ermöglichen, im eigenen Land zu bleiben.

Fünftens: Rüstungs- und Waffenexportsteuer jetzt!

So wie bei der Aktien und derivate Produkte betreffenden Transaktionssteuer für Investmentbanken soll sich der Bundeskanzler sowohl im EU-Rat der Staats- und Regierungschefs wie in der UNO dafür einsetzen, dass die oben vorgeschlagene **Sondersteuer von 10 %** der Liefersumme für alle Rüstungs- und Waffenexporte eingehoben wird. Diese soll in Europa in das Budget der EU-Kommission einfließen, die wiederum diese Beträge zweckgewidmet an EU-Länder weiterleitet, entsprechend der Anzahl der von ihnen tatsächlich aufgenommenen Flüchtlinge. Es würde damit ein monetäres Anreizsystem zur Flüchtlingsaufnahme (statt einer verpflichtenden Quote) etabliert werden.

Sechstens: Pönale für EU-Staaten, die ihre Flüchtlingsquote nicht erfüllen

Darüber hinaus sollte auch ein **Malus-System** eingeführt werden, das jene Länder über die Kürzung von Zuwendungen aus dem EU-Budget pönalisiert, die ihre *rechnerische* "Quote" nicht erfüllen. In die Berechnung dieser Quote sollen Einwohnerzahl und BIP/Kopf einfließen, nicht aber (wie vielfach vorgeschlagen) die Arbeitslosenquote, denn letztere stempelt die Flüchtlinge zu Feindbildern aller Arbeitssuchenden. Gemäß unserer Berechnungen würden sich z. B. folgende Quoten ergeben: Frankreich (14,3 %), UK (13,6 %), Tschechien (1,1 %) und Schweiz (3,4 %). Bezogen auf jeweils 1 Million Flüchtlinge würde dies für Frankreich die Aufnahme von ca. 145.000, für UK von 140.000, für Tschechien von 11.000 und für die Schweiz von 35.000 Flüchtlingen bedeuten.

Alle diese Szenarien können den eingangs erwähnten Binnenflüchtlingen in Amude in Nordsyrien nicht helfen, denn sie brauchen unsere Hilfe jetzt. Aber die internationale Staatengemeinschaft und insbesondere Europa kann entscheidend dazu beitragen, dass es in Zukunft weniger Binnenflüchtlinge wie jene in Amude gibt.

Das offizielle Österreich hat in der Vergangenheit bei Flüchtlingskatastrophen (Ungarn, Tschechoslowakei, Bosnien-Herzegowina) Größe gezeigt. Heute kann sich das Land - in der Summe seiner Maßnahmen und Gesetzesbestimmungen - in seiner Flüchtlingspolitik nicht mit dem Prädikat „wirklich menschlich“ rühmen. Das permanente Schielen auf jene Länder, deren Empathie für Flüchtlinge noch geringer ist als bei uns, ist unwürdig. Unzählig viele Österreicher*innen und auch ich möchten in einem Land leben, auf das wir wieder stolz sein können. Ohne die Politik und insbesondere ihre höchsten Repräsentanten wird dies aber nicht möglich sein. Deren Überzeugungsarbeit gegenüber der Bevölkerung ist schwierig, aber ohne diesen Einsatz ist in einer Demokratie keine Veränderung möglich. Von deren Notwendigkeit müssen sie aber zuerst selber überzeugt sein.

Ernst Löschner ist Gründer und Vorsitzender von *Alpine Peace Crossing* – Verein für Flüchtlingshilfe und Mit-Initiator von *Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik*. Bis 2010 war er als Bankdirektor aktiv (Weltbank, Österreichische Kontrollbank, Länderbank/Bank Austria, zuletzt Österreich-Chef der französischen Großbank BNP Paribas).

Anny Knapp, Obfrau von Asylkoordination Österreich, hat in mehreren Gesprächen mit wertvollen Anregungen und Kommentaren zu dieser Analyse beigetragen. Die inhaltliche Verantwortung für die Endfassung der Analyse verbleibt beim Autor.

www.alpinepeacecrossing.org, www.gegen-unmenschlichkeit.at, www.asyl.at

EL 3.1.2016